

NEWSLETTER “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Herausgabe alle 14 Tage seit 1998
www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee
Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland
Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77
7 Seiten Datum: 25.03.2011

ESTLAND

Euro Neuling Estland beteiligt sich am Rettungsschirm!



Soeben einigten sich die EU Finanzminister in Brüssel über die Schaffung eines Stabilitätsfonds zur Sicherung des Euro. Insgesamt 700 Mrd. EUR sollen schliesslich die Mitgliedsstaaten für den Rettungsschirm der Gemeinschaftswährung locker machen, bzw. garantieren. Das kleine Estland, als Euro-Neuling mit gerade Mal knapp 1,4 Millionen Einwohnern, soll sich am Stabilitätspakt mit 148 Mio. EUR. beteiligen. Woher nehmen?

stellt sich die Frage.

Am meisten einzahlen müssen die finanzstärksten Länder zu denen auch Estlands Nachbar Finnland zählt. Leichter gesagt als getan. Am 17. April finden in Finnland Wahlen statt und die Finnen sind nicht darüber begeistert, für die Krisenländer der Eurozone Bürgschaften leisten zu müssen. Deshalb hat sich dort unmittelbar vor den Wahlen eine neue populistische und antieuropäisch gestimmte Partei “Wahre Finnen” gebildet. Bisher waren die Finnen stets überzeugte EU- und Euro Anhänger. Plötzlich liegt den Leuten das Hemd näher als die Hose. Ohne Mitgliedschaft in der EU hätte das Land nach dem Zusammenbruch des Nachbarn Sowjetunion kaum so rasch aus der damaligen Krise herausgefunden. Erst durch die Mitgliedschaft in der EU und schliesslich der Eurozone, stellte sich wieder Prosperität ein. Die Bewältigung der Euro-Krise ist nun dominierendes Thema des Wahlkampfes im 70 Km von der estnischen Küste entfernten Finnland. Die bisher stets europafreundlichen Finnen wollten sich zunächst sogar der Kooperation am Pakt verweigern.

Auch in Estland hat das Thema der Euro-Rettung zu heftigen Diskussionen geführt. Premierminister Andrus Ansip kommentierte am Dienstag: “Einzahlen müssen alle Staaten der Eurozone. Von Garantien kann nicht mal die Rede sein”. Angeblich spekuliere man bereits darüber, dass einige Staaten sich zu realen Einzahlungen verpflichtet hätten, einige wiederum nur eine Garantie geben mussten. "Ich kann bestätigen, dass auf Gesprächen, wo ich anwesend war, davon nie die Rede war", sagte Ansip.

Am Dienstag stellte Politökonom der Universität Tartu, Viljar Veebel, die von der Regierung gegebene Information unter Zweifel. Seinen Worten zufolge sei von 148 Mio. EUR die Rede von der ersten Anzahlung und nicht von der Gesamtsumme der estnischen Beteiligung am Stabilitätsmechanismus gewesen.

Die Reformpartei und die Vaterlandsunion/ResPublica einigten sich nun über die Zuteilung der Ministerplätze



Die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierungskoalition sind abgeschlossen. Der Generalsekretär der Reformpartei Kristen Michal (*rechts im Bild*) sagte am Mittwoch, dass die Ministerplätze in der neuen Regierung unverändert bleiben würden.

Ministerien, die bis heute unter der Leitung der Reformpartei arbeiteten, bleiben auch in der neuen Regierung den Liberalen erhalten. Vaterlandsunion/ResPublica bekommt ebenfalls ihre bisherigen Ministerien zurück. Michal bestätigte, dass Andrus Ansip auch im neuen Kabinett Ministerpräsident bleibt.

Der Parteivorstand hat am Mittwoch die Teilung der liberalen Kandidaten auf die Ministerplätze und führende Posten im Parlamentsvorstand gebilligt. Als Aussenminister sollte Urmas Paet weiter machen, das Sozialministerium soll auch weiterhin von Hanno Pevkur geleitet werden und Jürgen Ligi bleibt Finanzminister. Zum Kandidaten des Kultusministers stellt die Reformpartei die Kandidatur des bisherigen Justizministers Rein Lang, zum Justizminister aber die Kandidatur des bisherigen Generalsekretärs Kristen Michal. Zum Umweltminister schlagen die Liberalen die bisherige stellvertretende Parlamentsvorsitzende Keit Pentus vor. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentes stellt die Partei die Kandidatur der bisherigen Kultusministerin Laine Jänes auf.

Die Reformpartei ist der Ansicht, dass der bisherige Umweltminister Jaanus Tamkivi zum Fraktionsvorsitzenden werden könnte. Zum Vorsitzenden des parlamentarischen Wirtschaftsausschusses schlägt die Reformpartei die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigen Europaabgeordneten Siim Kallas, Kaja Kallas vor.

Die Vaterlandsunion/ResPublica behält die Ministerien für Bildung und Wissenschaft, Verteidigung, Wirtschaft- und Kommunikation, Landwirtschaft, Inneres und Regionale Angelegenheiten. Der Partei bleibt auch der Posten des Parlamentsvorsitzenden. Konkrete Namen der konservativen Minister waren bis zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht bekanntgegeben.

Der Vorsitzende der Reformpartei und Premierminister Andrus Ansip kommentierte den Koalitionsvertrag wie folgt: "Das Ziel unseres Programmes ist es, den Staatshaushalt spätestens bis 2014 wieder in die Überschusszone zu bringen und ab 2013 die Lohnkosten zu reduzieren. Die Einkommenssteuer soll ab 2015 auf 20% gesenkt werden".

Die Gehälter für Richter werden vorübergehend eingefroren und niedriger ausfallen, als diejenigen von Parlamentariern.

Die neue Regierungskoalition will ein Versicherungssystem für Arbeitsunfälle und Berufsschulung schaffen, das zum Ziel hat, Arbeitnehmer zu motivieren mehr für ihre Gesundheit zu sorgen. Andererseits soll das System auch Arbeitgeber motivieren, den Arbeitern ein sicheres und gesundes Arbeitsklima zu ermöglichen.

Der Vorsitzende der Vaterlandsunion/ResPublica, Ex-Premier Mart Laar, sagte, dass er mit dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zufrieden sei. Eigentlich wollte er Aussenminister werden, aber daraus wird nun wohl nichts. Die Arbeit der neuen Regierung ist auf Bildung, den Bevölkerungszuwachs und Wohlstand der Bürger fokussiert. "Unsere Partei wird ihre Versprechen einhalten – kostenlose Hochschulbildung, Muttergehalt und kleinere Haushaltskosten sind klare Ziele der nächsten Regierung", meinte der konservative Laar nun.

Laut Koalitionsvertrag wird die staatliche Bestellung an öffentlich-rechtlichen Universitäten und Berufshochschulen in den Jahren 2012 bis 2014 um 40% erhöht. Ein kostenloses Studium für bis zu 12500 Studierende wird garantiert.

Ab dem 1. Januar 2013 wird die Grundstücksteuer in Ortschaften mit dichter Besiedlung im Umfang von bis zu 1500 m², in Gegenden mit kleiner Besiedlungsdichte bis zu 2 Hektar abgeschafft.

Baltische Europaabgeordnete thematisieren Rail Baltica auf einer ganz neuen Ebene

Am Dienstag adressierten baltische Mitglieder des Europäischen Parlamentes einen öffentlichen Brief an die Leiter der Koalitionsverhandlungen Andrus Ansip und dem Chef der konservativen Vaterlandsunion/ResPublica Mart Laar. Die Europaparlamentarier schlagen in

ihrem Brief vor, die Frage des Rail Baltica Projektes im Koalitionsvertrag als separaten Punkt hinein zufügen. Unterschrieben wurde der Brief von Zigmantas Balcytis, Tunne Kelam, Bogusław Liberadzki, Kristiina Ojuland, Siiri Oviir, Ivari Padar, Vilja Savisaar-Toomast und Indrek Tarand.

Hier einige Zitate des Briefes:



„Angesichts der Ergebnisse der am 6.März stattgefundenen Parlamentswahlen wenden wir, Mitglieder des Europäischen Parlamentes, uns an Sie, als den künftigen Premierminister mit dem Vorschlag, die Entwicklung der baltischen Transportverbindungen zu Europa in das Programm der Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Es geht hier um die Zukunft der Rail Baltica. Wir halten es für wichtig, dass Rail

Baltica in dem zu schliessenden Koalitionsvertrag als separater Punkt aufgeführt ist, der die Zukunft und den genauen Zeitplan des genannten Projektes behandelt.

2013 tritt die neue Finanzperspektive der Europäischen Union in Kraft. Die zu bildende neue Regierung Estlands sollte der Initiator des Rail Baltica Projektes sein und dafür stehen, dass die damit verbundenen Fragen effektiv und perspektivvoll gelöst werden. Es handelt sich um eine historische Herausforderung und Chance. Zwei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens verfügen wir in Grundzügen immer noch über eine aus der Sowjetzeit stammende Transportinfrastruktur. Die Landverbindung zu Mitteleuropa ist unbefriedigend. Die baltischen Staaten sind Mitglieder der EU und der NATO. Der Landtransport verbindet uns nach wie vor Priorität mit Russland. Es gibt einflussreiche Kräfte sowohl in als auch ausserhalb der baltischen Länder, die die Beibehaltung der gegebenen Situation wünschen. Dies dient nicht den Interessen der baltischen Staaten und ihrer Völker. Bedauerlicherweise fehlt in den drei Staaten ein klarer Plan und eine gegenseitige Koordination zur Änderung der Situation“, Ende des Zitates.

Estonian Air schickt Saab 340 Maschinen in Rente



Die estnische Fluggesellschaft Estonian Air tauscht die Saab 340 Propellermaschinen gegen grössere und muss ihre Flüge nach Vilnius und Minsk deswegen für einige Monate einstellen. Die Saab-Maschinen gehen zurück an die Leasingfirma. "Wir stehen heute vor der Wahl, ob wir die Leasingfrist der bisherigen Maschinen verlängern oder den Flugpark den Entwicklungen und Forderungen des Marktes

anpassen", sagte die Pressesprecherin der Estonian Air, Ilona Eskelinen. Welcher Flugzeugtyp gewählt wird, stehe heute noch nicht fest.

Für den Zeitraum April - 2.September werden die Flüge nach Vilnius eingestellt. Vom 28.März bis 26.Oktober fliegt Estonian Air nicht nach Minsk. Die Flüge nach Vilnius und Minsk werden nur am 15. und 18. April und 6. und 9. Mai stattfinden.

Die für bis zu 33 Fluggäste Platzbietenden Saab 340 Maschinen wurden seit 2007 von der Estonian Air Tochterfirma Estonian Air Regional bei Kurzstreckenflügen eingesetzt.

LETTLAND

Lettlands Wirtschaft kommt wieder in Schwung



Laut vorläufigen Daten der Statistischen Behörde Lettlands hat das Bruttoinlandprodukt Lettlands im vergangenen Jahr um 0,3% abgenommen. Abgesehen davon ist die Tendenz positiv. Im vierten Quartal 2010 wuchs das BIP im Vergleich zum dritten Quartal um 1,1%, im Jahresvergleich (2009 IV.Q) aber um ganze 3,6%, meldete die Agentur LETA. Vergleicht man die einzelnen Wirtschaftszweige, so lässt

sich daraus schliessen, dass die verarbeitende Industrie um 17,9%, Transport und Kommunikation um 11% und der Handel um 10% gewachsen sind. Das Bauwesen musste 2010 einen Rückgang von 10% hinnehmen.

Der private Konsum stieg im vierten Quartal 2010 um 5,2%. Die öffentlichen Kosten konnten um 9,4% reduziert werden. Es sei erwähnt, dass das BIP Lettlands im Jahre 2009 um 18% fiel. Das Lettische Finanzministerium prognostiziert für 2011 ein Wirtschaftswachstum von 3,3%. Man hofft, dass die internationale Ratingagentur Standard & Poor's and Fitch das Rating Lettlands auf BBB- ändert (Staat mit sicherem Investitionsklima).

Lettland kämpft gegen die Schattenwirtschaft



Der lettische Finanzminister Andris Vilks plant eine Aufsichtskommission zu gründen, die effektiv gegen die Schattenwirtschaft und den Schleichhandel kämpfen soll. Der Minister betonte in einem Interview, dass der Kampf gegen die Schattenwirtschaft nicht nur ein Anliegen des Finanzministeriums und der Steuerbehörde ist. Alle anderen Staatsinstitutionen und die ganze Regierung müssen sich diesem Kampf widmen. Zum Vorsitzenden der Aufsichtskommission soll der Premierminister werden. Ihn werden auch Vertreter des Finanzministeriums, des Innenministeriums und verschiedener

Staatseinrichtungen gehören.

In diesem Jahr erhofft die lettische Regierung mit dem Kampf gegen die Schattenwirtschaft zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 12,8 Mio. Lats zu erzielen.

Ex-Premier Andris Skele kritisiert Lettlands Sparpolitik



Sollte Lettland es nicht schaffen, ein ausgeglichenes Staatsetat zu haben und seine internationalen Kredite zu refinanzieren, sei das Risiko zur Devaluierung der Nationalwährung Lat sehr wahrscheinlich, sagte der Gründer der Volkspartei und ehemaliger Premierminister Lettlands, Andris Skele. Skele ist heute Vertreter der oppositionellen und geschäftsorientierten Partei "Für ein Gutes Lettland" (For A Good Latvia).

Skeles Meinung zufolge könne eine Devaluierung nicht ausgeschlossen werden. Die Politik der Regierung sei durchgefallen. "Ich bin der Meinung, dass die Regierungspolitik nur von denen gelobt wird, die uns das Sparprogramm diktierten. Wenn wir aber die so genannten Sparprogramme für Island und Lettland vergleichen... Island war mal der wohlhabendste Staat der Welt. Der Unterschied zwischen Island und Lettland liegt darin, dass Island nicht die englischen Investitionen an seinen Banken gerettet hat. Lettland dagegen hat faule Kredite der ausländischen Banken gerettet", sagte Skele. Skele unterstrich, dass die Regierung ihren Entscheidungsprozess und die Steuerpolitik ändern sollte. "Nehmen wir z.B. die Mehrwertsteuer. Ein Teil der MWSt könnte während einer bestimmten Periode, sagen wir mal 20 Jahren, in ein Spezialbudget fließen, das die Stärkung der demographischen Lage im Lande zum Ziel hat. Die Unternehmenssteuer könnte aber in die lokalen Selbstverwaltungen fließen. Letzteres würde das Interesse der Munizipalitäten fördern, das Unternehmertum auf ihren Territorien zu stärken", kommentierte Skele.

Lettische Innovation ermöglicht Digitalanschrift ohne Microchipkarte



Die in Estland seit mehreren Jahren aktiv benutzte Digitalanschrift gewinnt auch in Lettland an Popularität. Die Letten wagen sogar einen Schritt weiter und haben eine in ganz Europa unikale Technologie entworfen, die ohne Microchip digitale Signierung von Dokumenten ermöglicht. Die estnische Nachrichtensendung "Aktuelle Kamera" berichtete, dass Lettland

bald mit der Ausstellung eigener ID-Karten beginnt und bei den nächsten Parlamentswahlen den Bürgern die Möglichkeit gibt, elektronisch abzustimmen.

Hinter dem ganzen System steht das Staatliche Fernseh- und Rundfunkzentrum Lettlands. Aus dem Staatsbudget haben sie noch keinen einzigen Lat bekommen. Die Entwicklung wird durch selber erwirtschafteten Gewinne finanziert.

Digitalanschrift ist in Lettland heute mittels zwei Methoden möglich – mit und ohne Microchip. "Früher brauchte man eine ID-Karte und einen Kartenleser. Die Software musste mit dem Betriebssystem kompatibel sein, sei es Windows oder Mac. Diese Hindernisse wurden von uns beseitigt", sagte Vorstandsvorsitzender des Zentrums Janis Bokta. Die neue Technologie basiere auf der "Cloudsourcing" und funktioniert mit der Hilfe von Banken. Zuerst muss der Benutzer seine Person über eine Bank identifizieren. Zur Unterschrift braucht man einen PIN-Code, die landesweit bei speziellen Kundendienstzentren oder Bibliotheken ausgestellt werden. Das System entspreche Sicherheitsstandards, die auch den Microchips gestellt seien. "Die Karten müssen dem Sicherheitsniveau L4+ entsprechen. Das virtuelle System entspricht dem Standard L4+ und sei damit genauso sicher wie eine mit Microchip ausgerüstete Karte," erklärte Bokta, was allerdings von der Konkurrenz bezweifelt wird. Die lettische ID-Karte wird von einem französischen Anbieter hergestellt, während die estnische Karte mit einem Chip versehen, vom Schweizer Unternehmen Trüb erstellt wird und aus Estlands Nutzergemeinde kaum mehr weg zu denken ist.

Die Zahl der Chip-Karten Benutzer liege in Lettland heute bei 30 000. Das neue und innovative System habe seit Anfang Februar bereits 5000 Benutzer gefunden. Bis Ende 2011 hoffe man das Vertrauen von 100 000 Letten gewonnen zu haben. Gute Sachen sind nicht ganz gratis – die elektronische Dienstleistung kostet dem Benutzer 6,99 Lats (9,85 EUR) Jahresgebühr. Die Benutzung ist nicht limitiert.

10. Volkszählung in Lettland



Beinahe 1/3 der Einwohner Lettlands (600 000 Menschen) vermittelten während der letzten Volkszählung ihre Daten elektronisch – per Internet. Die Bevölkerungszahl Lettlands nimmt ab. Im Jahre 2000 lebten in Lettland 2,38 Mio Menschen. Der Jahrzehntenrekord wurde im Jahre 1989 geschlagen, als die Bevölkerungszahl Lettlands 2,67 Einwohner

betrug. Von den Ergebnissen der diesjährigen Volkszählung erwarte man aber vor allem statistische Informationen darüber, wie viele Letten in der Tat ins Ausland emigriert sind. Die lettische Presse spekuliert bereits, dass die Bevölkerungszahl unter 2 Mio. liege. Die Statistische Behörde ist etwas optimistischer und schätzt die Bevölkerungszahl auf 2,2 Mio Einwohner. Zu ständigen Einwohnern zählen nicht mehr jene Menschen, deren ständiger Aufenthaltsort seit mehr als einem Jahr ausserhalb des Landes liegt.

Die Frist der elektronischen Vermittlung der Daten an die Statistische Behörde läuft in dieser Woche ab. Danach, bis Ende Mai, erfolgen Heimbesuche durch Mitarbeiter der Statistischen Behörde. Laut Gesetz müssen die Ergebnisse der Volkszählung spätestens 8 Monate nach dem Abschluss der Zählung der Regierung vorgelegt werden. Die endgültigen Ergebnisse der 10. Volkszählung Lettlands müssten Anfang 2012 vorliegen.

LITAUEN

Litauens Unternehmen verdienen wieder Profite

Die Finanzanalytiker sind der Ansicht, dass die Lohnkosten in Litauen im vierten Quartal 2010 zum ersten Mal nach dem Einbruch der Finanzkrise gestiegen sind. Nach den Verlustjahren verdienten die litauischen Unternehmen im letzten Jahr wieder Profite, was Grund für Optimismus gibt, berichtete das Wirtschaftsblatt Verslo Zinios am vergangenen

Freitag. Romualdas Trumpa, Vizedirektor der Creditreform Lietuva, sagte, dass die Profite in den meisten Wirtschaftszweigen gestiegen sind. Die Meldungen über leicht gestiegene Lohnkosten seien ein positives Zeichen. "Am stärksten stiegen die Lohnkosten im Industriebereich und im Handel (excl. Einzelhandel). Positive Entwicklungen konnten auch im Transport und in der Logistik und im Bereich der Strom- und Gasversorgung verzeichnet werden", kommentierte Trumpa. Die Chefökonomistin der DnB NORD Bank Litauen, Jekaterina Rojaka, kommentierte, dass die jüngsten Daten von der Genesung aller Wirtschaftszweige zeugen, in erster Linie aber in exportorientierten Bereichen.

Die Arbeitslosigkeit in Litauen zeigt eine fallende Tendenz

Die litauischen Arbeitgeber meldeten in den ersten zwei Monaten 2011 von 22000 neuen Arbeitsstellen. Laut staatlicher Arbeitsbehörde handele es sich um einen 60,6% Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen liege per 1.März bei 306,400 Personen (14.2%). Noch vor einem Monat lag die Arbeitslosigkeit bei 14,4%.

Das litauische Parlament verabschiedete eine Resolution über Atomsicherheit



Das litauische Parlament verabschiedete am vergangenen Donnerstag eine Resolution über die Sicherheit der Atomkraftwerke, welche in Litauen künftig entstehen sollen oder sich in unmittelbarer Nähe zu Grenzen des Landes befinden. Die vom Auswärtigen Ausschuss des Seimas entworfene Resolution äussert ihr Besorgnis über die Strahlung, die von den in Belarus und im Kaliningrader Oblast befindlichen AKW-s emittiert wird. Der liberaler Parlamentarier Petras Austrevicius sagte, dass Litauen seine bilateralen Beziehungen zu Belarus gründlich auswerten sollte. Nämlich plant dieses Nachbarland den Bau eines neuen Atomkraftwerkes, das nur 50 km von der litauischen Hauptstadt Vilnius entfernt entstehen soll. Jonas Simenas, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Umweltfragen sagte, dass Litauen in einem "anderen Ton" zu Belarus reden sollte, wenn der Bau des AKW nicht im Einklang mit einschlägigen internationalen Abkommen steht. Edmundas Pupinis, Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung sagte, dass Lettland, Polen und noch weitere Länder in die Diskussion der Atomsicherheit involviert werden müssen. Die Resolution besagt, dass Belarus und Russland noch keine, den international anerkannten Rechtsnormen entsprechende Einschätzung und Analyse der Umweltauswirkungen durchgeführt haben. Eine öffentliche Diskussion und Beratungen mit Litauen sind ebenfalls nicht eingeleitet worden. Letzteres wird von der Espoo Konvention vorgeschrieben. Die Espoo-Konvention verpflichtet die Mitgliedstaaten, bei Projekten mit voraussichtlich erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, die betroffenen Nachbarländer zu konsultieren.

Hafenstadt Klaipeda spendet 14 500 EUR an die japanische Partnerstadt

Der Stadtrat der litauischen Hafenstadt Klaipeda beschliess die Erteilung einer 50 000 Litas (14,500 EUR) grossen Spende an die japanische Partnerstadt Kuji. Die Summe soll aus dem städtischen Reservefonds gegeben werden.

Der Bürgermeister von Klaipeda Rimantas Taraskevicius sagte, dass er aus der japanischen Partnerstadt einen Brief erhalten hätte, der die Situation in der vom Tsunami angegriffenen Stadt beschreibt. Kuji ist eine 40 000 Einwohner zählende Stadt auf der Nordküste der Insel Honshu. Kuji ist seit Jahrzehnten eine Partnerstadt von Klaipeda. Das Partnerschaftsabkommen zwischen den beiden Städten wurde bereits 1989 unterzeichnet.

KULTUR

Samstag, 16.04.2011, 16:00 Uhr
Großer Konferenzsaal der Estnischen Nationalbibliothek

Lesung und Diskussion mit
HERTA MÜLLER
Trägerin des Literaturnobelpreises 2009



Herta Müller wurde im deutschsprachigen Nitzkydorf in Rumänien geboren und lebt seit 1987 in Berlin. Ihr literarisches Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Sie liest aus ihrem Roman ATEMSCHAUKELEL.

"Ein überwältigender, ergreifender, demütig machender Roman, die vielleicht nachhaltigste Leseerfahrung dieses Herbstes." (FAZ, 17.07.09)

"Ein sprachliches Kunstwerk, wie es das in diesem Herbst kaum ein zweites Mal geben dürfte. Wer es schafft, Herta Müllers bestürzenden, bedrückenden und - wegen seiner sprachlichen Kraft - beglückenden Roman zu Ende zu lesen, wird dieses Buch nie wieder vergessen." (Focus, 10.08.09)

An der Podiumsdiskussion mit der Autorin beteiligen sich
die Schriftstellerin Viivi Luik und der Historiker Toomas Hiio
Moderation Eero Raun

Eintritt frei
Simultanübersetzung ins Estnische

Info und Anmeldung: Deutscher Lesesaal, Tel. 630 7360, deutsch@nlib.ee



SAKSA SAAL

EESTI RAHVUSRAAMATUKOGU
NATIONAL LIBRARY OF ESTONIA